



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de

August/September 2015

Dr. Dorothee Schlegel
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde,

Termine

13.09. 10:00 Uhr:
Einweihung des neuen
THW-Hauses in Igersheim-
Hardhausen

13.09. 15:00 Uhr:
Finale im NOK CUP auf dem
Pferdehof Karle in Oster-
burken

13.09. 15:00 Uhr:
Besuch der **Grundschule**
Aglasterhausen

17.09. 15:00 Uhr:
Besuch der **Flüchtlingsun-
terkunft Kilsheim** und **Ge-
spräch** mit dem **Arbeits-
kreis Asyl**

18.09. 17:00 Uhr:
Agima Eröffnung und **Bier-
anstich** zu **600 Jahre**
Königshöfer Messe

Weitere Termine unter:
www.dorothee-schlegel.de

kurz bevor es nach der Sommerpause wieder mit dem regelmäßigem Pendeln zwischen Berlin und meinem Wahlkreis los geht, möchte ich euch mit diesen Berliner Notizen einen Rückblick auf meine Sommerwochen im Neckar-Odenwald- und im Main-Tauber-Kreis geben.

Ich gebe zu, dass die beiden Wochen durchaus Urlaubscharakter hatten und ich viel entdeckt und erlebt habe. Neben **vielen** aufschlussreichen Gesprächen mit Bürgermeistern, Unternehmern, Polizisten, war mir die Begegnung mit Menschen wichtig: mit den Teilnehmer*innen der Special Olympics, Gästen im Mutter-Kind-Kurhaus, ukrainischen Kindern, Asylbewerber*innen und natürlich mit euch!

Ob beim Ferienspaß in Höpfigen, bei einer Pizza in Bad

Mergentheim oder nur so während und um einen Termin herum – es tut mir gut, mich mit euch austauschen zu können.

Daher tut es mir immer wieder leid, wenn ich einen Termin für eine Mitgliederversammlung in den Ortsvereinen nicht wahrnehmen kann. Bitte teilt mir eure Termine rechtzeitig mit und beachtet die sitzungsfreien Wochen für eure Planung. Den Sitzungskalender findet ihr unter: www.bundestag.de/sitzungskalender.

Gemeinsam mit meinem Mann Herbert habe ich mir Ende August eine private Woche in Berlin gegönnt, um frei von Terminen die Hauptstadt mit all ihren Sehenswürdigkeiten zu genießen.

In dieser Woche nun starten wir mit einer Klausurtagung der

SPD-Bundestagsfraktion in Mainz in das zweite Halbjahr. Themen wie die Digitale Teilhabe, gute Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte und die Flüchtlingspolitik werden im Zentrum stehen.

Wir stehen vor Herausforderungen, aber wir können sie auch bewältigen. Es ist unsere humanitäre Pflicht, Schutzsuchende menschenwürdig aufzunehmen. Jeder Anschlag auf Asylsuchende, Flüchtlingsunterkünfte oder Menschen, die Flüchtlingen helfen, ist ein Angriff auf unsere freiheitliche Grundordnung und muss mit allen Mitteln des Rechtsstaates verfolgt werden.

Schön, euch an meiner Seite zu wissen.

Eure Dorothee

SPD

SPD stimmt für Europa

Am 19. August 2015 hat der Bundestag in **namentlicher Abstimmung das dritte Hilfspaket für Griechenland** verabschiedet. Bei 585 abgegebenen Stimmen gab es 454 Ja-Stimmen, 113 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen. Bei der SPD-Fraktion gab es vier Nein-Stimmen.

Ich habe mit Ja gestimmt, insbesondere weil dieses Hilfsprogramm sich von den bisherigen in einem ganz **wichtigen Punkt** unterscheidet: Es ist nicht wie bisher nur auf fiskalische Einsparziele fixiert, **sondern es setzt auf den Umbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Griechenland**. Nur so könnten die verschiedenen tiefliegenden Defizite des Landes gelöst werden. Als ein Beispiel sei die neu vereinbarte **soziale Grundsicherung** genannt, die es bis dato nicht gab. Dieser Mangel führte bisher zur systematischen Flucht in die Frühverrentung.

Nicht zuletzt wird ein zentrales Ziel der SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren, **der Kampf gegen Steuerhinterziehung** in Griechenland und die Suche nach griechischen Steuerhinterziehern in Europa, neues Gewicht bekommen. Zudem ist vereinbart, dass endlich eine **effektive Finanzverwaltung** aufgebaut wird, die in der Lage ist, Steuern einzutreiben.

Es ist auch deswegen ein **besseres Reformprogramm**, weil es nicht nur anerkennt, dass ein Land in einer tiefen Rezession **durch unrealistische Haushaltsziele in die Knie gehen kann**. Die Anpassung dieser Haushaltsziele an die realen Möglichkeiten Griechenlands sind deshalb richtig. Dieses Programm genießt zudem in Griechenland eine breitere politische Unterstützung. Drei Viertel der Abgeordneten des Parlaments haben für das Programm

gestimmt. Die griechische Regierung hat große Rückendeckung in der Bevölkerung für ihr Ziel, das Land im Euro zu halten. Die Erfahrung von Anfang Juli hat uns die Möglichkeit und die enormen Kosten eines griechischen Ausscheidens aus dem Euro vor Augen geführt.

Die SPD-Fraktion spricht sich für ein starkes Europa und gegen eine Rückkehr zu reinen Nationalstaaten aus. Nur wenn wir **Verantwortung und Solidarität verknüpfen**, kann Europa gelingen. Die neue Vereinbarung mit Griechenland ist Ausdruck dieses Prinzips und eine echte Chance für wirtschaftliche Erholung und politische Heilung, in Griechenland wie in der Eurozone. Insgesamt hat sich bei den Verhandlungen der letzten Wochen gezeigt, dass Kooperation der einzige Weg ist, zu einer Lösung zu kommen.

Flüchtlingspolitik

Seit **152 Jahren** steht die **SPD** für **Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität** – nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit.

Die **Aufnahme von Flüchtlingen** stellt uns alle vor eine große, aber nicht vor eine unlösbare Herausforderung. Wir stellen uns dieser Aufgabe mit Empathie und Verantwortungsbewusstsein auf allen Ebenen.

Viele von euch engagieren sich sehr konkret in der Flüchtlingsarbeit und leben damit die **Willkommenskultur**, die wir überall brauchen, auch und gerade um den widerlichen rechten Hassparolen bis hin zu Anschlägen keinen Fußbreit Raum zu lassen.

Die **menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen**, der **soziale Zusammenhalt** unseres Landes und eine **solidarische europäische Politik** zum Schutz von flüchtenden Menschen, das sind die drei wichtigsten Ziele, die wir miteinander umsetzen müssen. Weder Grenzzäune, noch Visapflichten oder Taschengeldkürzungen sind prioritäre oder gar zielführende Maßnahmen. Es ist an der Zeit, dass auch der Koalitionspartner endlich versteht, dass die Vorschläge, die die SPD bereits seit über einem Jahr gemacht hat, endlich umgesetzt werden müssen.

Sicher haben auch wir **nicht** für alle Belange die **einzige richtige Lösung** parat, aber es ist wichtig, die Realität anzuerkennen und sich den Verpflichtungen zu stellen. Hierzu zählen, dass **Länder und Kommunen** **dauerhaft und sofort von Kosten entlastet** werden müssen, dass der **Aufenthaltsstatus schnell geklärt** werden muss, dass der **soziale Wohnungsbau**, auch für Flüchtlinge, wieder angekurbelt werden muss, dass die ehrenamtlichen Helfer*innen unterstützt werden und vieles mehr.

Dies wird Geld kosten, aber auch **eine Investition in unsere Gesellschaft** sein, die sich für uns alle, ob Neu- oder Altbürger*innen, lohnen wird. Und ganz sicher sind die Flüchtlinge nirgendwo ein angebrachtes Wahlkampfthema. Es geht um **konkrete praktische Hilfe**, die uns allen gemeinsam zu Gute kommt.

Frauen und Flucht

Im Jahr 2015 gab es mehr Kriege als in jedem Jahr seit Beginn des Jahrtausends. **Konflikte haben sich** im 20. und 21. Jahrhundert **verändert**. Sie sind unübersichtlicher geworden, involvieren immer öfter nicht staatliche Akteure und **treffen vermehrt die Zivilbevölkerung**. Gewalt trifft dabei alle Bevölkerungsgruppen. **Frauen und Mädchen jedoch ganz besonders**, denn Flüchtlingsfrauen werden durch Rassismus und als Frauen **doppelt diskriminiert**. Und leider wird viel zu selten über die Situation von Frauen in bewaffneten Konflikten berichtet.

Frauen fliehen, genau wie Männer, vor Krieg und Chaos, vor politischer Verfolgung. Und doch gibt **es einige Besonderheiten**, deren Wurzel das Patriarchat ist. Sie fliehen **auch vor Genitalverstümmelung**, vor **Zwangsverheiratung**, vor **Verfolgung durch ihre Familie**, wenn sie deren Moralvorstellungen nicht entsprechen, oder vor ihrem gewalttätigen Mann. Und zunehmend werden **Vergewaltigungen systematisch als Kriegswaffe** eingesetzt. Frauen sind sehr viel häufiger die ersten Opfer von Kriegen, denn sexuelle Gewalt gegen sie setzen die Konfliktparteien nicht selten gezielt als Mittel der Kriegsführung ein, zur Demoralisierung des Gegners.

All diese Gewaltformen setzen **nicht unbedingt staatliche Verfolgung**

voraus, sondern es sind Sachverhalte, die eher mit der Gesellschaft, der traditionellen Familie und dem vorherrschenden Frauenbild zu tun haben.

In der Praxis wird die geschlechtsspezifische Verfolgung, also die Flucht wegen Genitalverstümmelung, wegen Zwangsverheiratung oder eines drohenden Mordes aus Gründen der vermeintlichen Familienehre, **meist nicht als Asylgrund anerkannt – sondern lediglich als Abschiebehindernis**: Die Frauen sind dann geduldet und haben damit kein Recht auf einen Integrationskurs. Aber je weniger jemand gebildet ist, desto schwieriger ist es, sich zu integrieren, etwa auf dem deutschen Arbeitsmarkt. **Frauen sind hier also fortgesetzt im Nachteil.**

Auf die **speziellen Bedrohungslagen von Frauen sind die Aufnahmestellen** zu oft nicht ausreichend eingestellt. Da Vergewaltigungen sehr schambesetzt sind, erzählen die Frauen den Beamt*innen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) zunächst häufig nicht davon – weil sie sich vielfach männliche Beamten gegenübersehen, weil die Frau sich schämt, weil noch nicht einmal ihre Familie davon weiß.

Mit den Folgen der erlittenen Gewalt muss jeder Flüchtling und jede

Flüchtlingsfrau selbst klarkommen. **Gesundheitsleistungen** sind für Flüchtlinge nur in ganz **akuten Fällen** vorgesehen. Traumatisierte Frauen und Männer bräuchten aber psychologische Betreuung. **Hamburg und Bremen gehen hier mit gutem Beispiel voran** und ermöglichen den Flüchtlingen den Zugang zur Krankenkasse und damit zu dringend notwendigen therapeutischen Hilfen. Auch das **UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, der UNHCR**, macht darauf aufmerksam, dass Gewalt gegen Frauen oft als „**privat**“ wahrgenommen wird.

Es gilt, Wege zu finden, um sicherzustellen, dass Genderaspekte in der Außen-, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik berücksichtigt werden. Das ist und bleibt in den meisten Ländern **noch immer eine Herausforderung.**

Ermutigend ist, dass der Beauftragte für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe der Bundesregierung, **Christoph Strässer (SPD)**, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren konkret darüber nachdenkt, wie Frauen und Mädchen in Konfliktsituationen geschützt und gestärkt werden können. **Es bleibt jedoch unsere gemeinsame Aufgabe**, das Thema „Frauen und Flucht“ verstärkt wahrzunehmen.



Mit einem Empfang im Reichstagsgebäude haben SPD und Bundestagsfraktion rund 400 ehrenamtliche Flüchtlingshelfer geehrt. Parteichef Sigmar Gabriel dankte den Sozialdemokrat*innen für ihr Engagement. Der Empfang der Ehrenamtlichen soll ein **Dankeschön** sein und gleichzeitig die Möglichkeit zum Austausch bieten. **Die Arbeit der Flüchtlingshelfer ist gelebte Solidarität** und ich habe mich sehr gefreut, dass mit **Ralph Gaukel, Steffen Hertwig, Walter Hörnig** und **Mirco Göbel** gleich vier Ehrenamtliche aus meinem Wahlkreis mit dabei sein konnten.



Das Betreuungsgeld ist abgeschafft!

Über das **Urteil des Bundesverfassungsgerichtes** gegen die unsinnige ‚Herdprämie‘ der CSU bin ich sehr erleichtert. Die Abschaffung des Betreuungsgeldes gibt uns **neue finanzielle Spielräume**, die wir dazu verwenden können, noch gezielter auf die Bedürfnisse zahlreicher Eltern einzugehen.

Als erstes fällt mir dabei der **Ausbau und die qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung**, auch der familiennahen, ein. Wir brauchen einen **Bund-Länder-Vertrag** zur Verbesserung der Kita-Qualität. Daher ist der von Bundesfinanzminister Schäuble geäußerte Vorschlag, die nun ‚frei werdenden Gelder‘ im allgemeinen Haushalt zu verbrauchen, **absolut inakzeptabel**. Die SPD-Bundestagsfraktion wird einmal mehr **an der Seite der Familien** und

für sie darum kämpfen, dass die frei werdenden Mittel **nicht zu Lasten** der Familien anderweitig ausgegeben werden. Verfassungswidrig in Form des Betreuungsgeldes hatte der CDU-Minister kein Problem damit, die Gelder für Kinder auszugeben. Dann sollte es doch ein Leichtes sein, die Gelder bei den Kindern zu belassen.

- Für alle Eltern, die **momentan Betreuungsgeld beziehen**, hat das Familienministerium klar gestellt: **Die Rückforderung erhaltener Zahlungen ist ausgeschlossen**. Es muss also keine Familie **bereits** erhaltene Betreuungsgeld-Leistungen zurückzahlen. Für Eltern, die derzeit Betreuungsgeld beziehen, erfolgen die Auszahlungen für die Dauer der Bewilligung weiter. Dies

gilt auch für Familien, deren Antrag **bereits** bewilligt wurde, aber die Auszahlung erst in der Zukunft liegt.

- Bei Familien, die nach **dem 21. Juli 2015** einen bewilligenden Betreuungsgeldbescheid erhalten haben, entscheidet **eine Prüfung** des Vertrauensschutzes im Einzelfall, ob Betreuungsgeld noch ausgezahlt werden kann. Außerdem gilt: **Bewilligende Betreuungsgeldbescheide dürfen nicht mehr erlassen werden**, da nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts keine Rechtsgrundlage mehr gegeben ist.

Erbschaftsteuer

Eine **Neuregelung des Erbschaftsteuerrechts** ist notwendig, da das Bundesverfassungsgericht geurteilt hat, dass es einige Vergünstigungen und Steuererleichterungen, vor allem für die Erben und Beschenkten von großen und sehr großen Unternehmen gibt, die **nicht mit dem Grundgesetz vereinbar** sind.

Das Bundeskabinett hat den Regierungsentwurf am 8. Juli 2015 beschlossen. Nach der Sommerpause beginnen die parlamentarischen Beratungen im Bundestag und im Bundesrat. Änderungen des Erbschaftsteuergesetzes sind im Bundesrat zustimmungspflichtig. Bis Ende des Jahres soll das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen sein. Das BVerfG hat eine Frist bis zum 30. Juni 2016 gesetzt. **Der Regierungsentwurf ist Grundlage für die Beratungen im Bundestag und**

kann im Laufe des Verfahrens Änderungen erfahren.

Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts **werden Schlupflöcher**, die sich aus der unklaren oder nicht vorgenommenen Trennung von Privat- und Betriebsvermögen ergeben haben, beseitigt. Der Schutz von Arbeitsplätzen bei Firmennübergängen bleibt zentrales Anliegen.

Wie bisher können Firmen, die den Betrieb nach dem Erbfall weiterführen, nach den Verschonungsregeln von der Erbschaftsteuer (teil-)befreit werden:

Erben von Kleinstbetrieben bis drei Mitarbeiter*innen bleiben von der Steuer verschont, wenn sie den Betrieb fortsetzen. Das sind knapp 75 Prozent aller Betriebe in Deutschland.

Erben **kleiner und mittlerer betrieblicher** Vermögen bleiben in wesentlichen Teilen im bisherigen Umfang verschont.

Bei Betrieben mit **vier bis 15 Beschäftigten** wurde die einzuhaltende Mindestlohnsumme abgesenkt. Dies **erleichtert dem Mittelstand** den Betriebsübergang.

Bei Erbschaften und Schenkungen **großer und sehr großer Betriebsvermögen (26 Mio. Euro/Erben)** gibt es künftig keine automatische Begünstigung bei Betriebsfortsetzung mehr, und das Privatvermögen muss für die Zahlung der Steuer einbezogen werden.

Ob die Steuerzahlung geleistet werden muss, wird im Einzelfall geprüft werden.

Radwege frei für E-Bikes und rund ums Radfahren

Zur Förderung der Radverkehrsentwicklung und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Radverkehr wird das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) den zuständigen Straßenverkehrsbehörden die **Freigabe von Radwegen für E-Bikes** durch Einführung eines Zusatzzeichens "E-Bikes frei" ermöglichen.

Um das **Unfallrisiko** für Radfahrer zu senken, ist zudem eine Anpassung der Vorschriften über die **Beleuchtungseinrichtungen von Fahrrädern** an den Stand der Technik geplant.

Mit einer weiteren Änderung der Straßenverkehrsordnung (StVO), soll es einer Aufsichtsperson künftig ermöglicht werden, **junge Rad fahrende Kinder** mit dem Fahrrad auf dem Gehweg zu begleiten.

Weiterbildung für Zugewanderte

Mit vielen neuen Angeboten wartet das „**IQ Netzwerk – Integration durch Qualifizierung**“ auf, dessen Zielsetzung es ist, die **Arbeitsmarktchancen für Menschen mit Migrationshintergrund** zu verbessern.

Viele Faktoren führen dazu, dass Migrant*innen etwa doppelt so stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind wie Personen ohne Migrationshintergrund.

Die Wahrnehmung von Migrant*innen ist häufig defizitär ge-

prägt. Nicht nur für eine **vielfältige Gesellschaft** ist es wichtig, den Blick für die **Potenziale von Zugewanderten** zu schärfen und **Diskriminierungen abzubauen**, sondern auch für eine gelingende Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund zu sorgen.

Interkulturelle Kompetenz bei den Arbeitsmarktakteuren aufzubauen und zu verankern ist nach wie vor ein zentrales Anliegen des Förderprogramms IQ.

Gegliedert in **16 Landesnetzwerke**

bietet das Netzwerk IQ **flächendeckende Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung** für Ratsuchende mit ausländischen Qualifikationen an, entwickelt **bedarfsorientiert Anpassungsqualifizierungen** und setzt diese um. Darüber hinaus übernehmen sie Servicefunktionen für Arbeitsmarktakteure, indem sie diese über Informationen, Beratungen und Trainings für die spezifischen Belange von Migrantinnen und Migranten sensibilisieren und fachliches Know-how vermitteln.

www.netzwerk-iq.de

Deutschland heißt Willkommen

Wir werden sicher nicht alle Probleme dieser Welt lösen können. Aber wenn Menschen in Not zu uns kommen, dann ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar: Wir wollen helfen - und wir werden immer an ihrer Seite stehen. Hand in Hand mit vielen tausenden Menschen in ganz Deutschland, die heute schon tolle Arbeit leisten.

Die Politik ist gefordert und die SPD

packt auch hier an:

Wir wollen ein **Einwanderungsgesetz, mehr Mittel für die Kommunen und mehr Solidarität in ganz Europa**. Dafür machen wir uns stark. Das ist das eine. Das andere ist, dass wir alle ein Zeichen setzen können





Besuch der Realschule Lauda mit Saskia Esken, MdB, und Jan Thees, der als Praktikant eine tolle Unterstützung war.



Jubiläumfest der katholischen Frauengemeinschaft Buchen



Mit meinen Kolleg*innen Martina Stamm-Fibich, MdB, und Carsten Träger, MdB, zu Besuch im Caritas-Krankenhaus Bad Mergentheim



Der mehrmalige Schachweltmeister Anatoli Karpow besucht Buchen.



Höpfinger Ferienspaß des SPD-Ortsvereins beim Besuch des Energiegartens der AWN



Besuch der Diakonie in Wertheim



Gesprächsrunde zum Thema Mindestlohn und Sport gemeinsam mit meinem Kollegen Josip Juratovic, MdB, in Heilbronn



Eine „grenzüberschreitende“ Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Wertheim mit meinem Kollegen Bernd Rützel, MdB



Gesprächsrunde mit Jugendlichen am Gesundheitszentrum an der Höhle in Buchen



Gespräch in der Polizeidienststelle Mosbach zum Thema „Häusliche Gewalt“



Beim Einfangen der entlaufenen Wasserbüffel gemeinsam mit Bürgermeister Markus Wessels in Wittighausen



Abschlussgottesdienst bei der 3. Kirchenradtour durchs Schefflental



Für Fragen, Wünsche und Anregungen stehen mein Team und ich gern zur Verfügung:

**Wahlkreisbüro
Neckar-Odenwald**

Badgasse 3
74821 Mosbach
Tel.: 06261 937 32 22
Fax: 06261 937 32 23

dorothee.schlegel.ma05@bundestag.de
Ralph Hornung
Naile Sulejmani
Hilda Löser-Schäfer

Dr. Dorothee Schlegel, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus 5.133
Tel.: 030 227 74846
Fax: 030 227 76845

dorothee.schlegel@bundestag.de

Johannes Gamer
Silke Pachal

**Wahlkreisbüro
Main-Tauber**

Marienstr.1
97922 Lauda-Königshofen
Tel: 09343 589 68 16
Fax: 09343 589 13 48

dorothee.schlegel.ma04@bundestag.de
Renate Gaul



Bildnachweise:

Foto Titelseite: © Kenneth Weidlich

Alle weiteren Bilder: © Büro Dr. Schlegel



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de
www.facebook.com/dorothee.schlegel.spd

